

Hans-Rudolf Merz und das Panikorchester

Von Sacha Wigdorovits



Sacha Wigdorovits

Geschäftsführer Contract Media AG, 20 Jahre Journalist unter anderem für Blick (Chefredaktor), Luzerner Neuste Nachrichten (Stv. Chefredaktor), SonntagsZeitung (US-Korrespondent, Chefreporter), Tages-Anzeiger (Redaktor Stadt Zürich). Lic. phil. I Uni Zürich, AMP Harvard Business School.



Eine CD mit gestohlenen Daten von Schweizer Banken sorgt für Schlagzeilen. Dabei ist die Existenz der Scheibe noch nicht einmal bewiesen. Umso mehr zeigt der Fall, wie der Bundesrat und die Schweizer Politiker versagen, wenn sie auf internationalem Parkett die Interessen unseres Landes verteidigen sollten. Es mangelt an analytischem und strategischem Denken, konsequentem Handeln, professioneller Kommunikation und, vor allem, Selbstbewusstsein. Aber auch die Medien spielen als unkritische „Verstärker“ eine un-gute Rolle. Was sind die Ursachen, was die Lehren?

Ob Finanzminister Hans-Rudolf Merz, Aussenministerin Micheline Calmy-Rey, Bundespräsidentin Doris Leuthard, CVP-Präsident Christophe Darbellay, FDP-Präsident Fulvio Pelli oder ein paar publizitätssüchtige Populisten wie der Aargauer Freisinnige Philipp Müller oder der Zürcher CVP-Hinterbänkler Urs Hany: Sie alle können es kaum erwarten, bis ihnen erneut ein Mikrofon entgegengestreckt wird, um dann unkoordiniert und unbekümmert darüber zu schwadronieren, was sie von der Affäre um die CD mit den geklauten Bankdaten halten.

Munter jagt sich Ankündigung auf Ankündigung, Forderung auf Forderung. Drohung auf Drohung, Warnung auf Warnung. Man fühlt sich unweigerlich an den deutschen Altrockler Udo Lindenberg („Sonderzug nach Pankow“) und sein legendäres Panikorchester erinnert. Und der Schaden, den unsere Politiker und die sie kolportierenden Medien mit ihrem panischen Verhalten für unser Land anrichten, wird ständig grösser.



Alles nur ein Bluff?

Darf sich ein Staat als Hehler betätigen? Heiligt im Kampf gegen Steuer-sünder der Zweck alle Mittel? Soll die Schweiz die Verhandlungen über das Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland sistieren? Müssen wir den automatischen Informationsaustausch für Bankkundendaten akzeptieren, um endlich Ruhe zu haben? Ist das Bankgeheimnis tot? Eine Frage jagt hektisch die andere.

Doch die Wichtigste wurde bisher vom Bundesrat und den mit ihm in Panik geratenen Politikern und Medien nicht gestellt: Gibt es überhaupt eine CD mit gestohlenen Daten von Schweizer Banken? Oder handelt es sich hier um einen geschickten Bluff von deutschen Steuerbehörden, um die eigenen Steuerzahler und die Schweiz zu verunsichern?

Vermutlich existiert zwar tatsächlich eine CD mit gestohlenen Bankdaten. Aber ganz sicher ist dies nicht. Letztlich könnte es sich auch um einen Bluff handeln. Damit würden die nordrhein-westfälische Länder- und die deutsche Bundesregierung quasi der Taktik folgen, welche die USA im Steuerstreit mit der UBS eingeschlagenen hatten. Dass sich nämlich viele Steuer-sünder von allein melden, wenn sie das Risiko, entdeckt zu werden, als gross empfinden. Wie die bereits mehr als hundert Selbstanzeigen belegen, scheint diese Art des Damoklesschwerds auch in Deutschland gut zu funktionieren.

Was also hätte ein Finanzminister von Nordrhein-Westfalen zu verlieren, wenn er bluffen würde, man habe ihm eine CD mit Daten von Schweizer Bankkunden zum Kauf angeboten und er werde auf den Deal eintreten? Gar nichts hätte der Mann zu verlieren. Denn:

- Entweder der Gegner (sprich: Bundesrat) erkennt den Bluff und sagt: „Dann leg' doch mal deine Karten auf den Tisch und zeig' uns diese gestohlenen Daten!“ In welchem Falle besagter Finanzminister sich zwei, drei Tage Zeit lässt, dann die Achseln zuckt und gelassen erklärt, dass sich die Daten bei genauer Hinsicht als fehlerhaft heraus gestellt hätten, weshalb er die Angelegenheit als beendet betrachte.
- Oder aber der Gegner hat in seinem Leben noch nie Poker gespielt und auch sonst keine Ahnung von den harten Bandagen, mit denen in der Top-Liga gefightet wird. Dann wird er nervös auf seinem Stuhl herum rücken, Grimassen schneiden, verbittert vor sich hin murmeln, wie ungerecht die Welt sei... und schliesslich resigniert die eigenen Karten verdeckt auf den Tisch schmeissen, sprich: aufgeben.

Dass der Bundesrat und die Politiker der Bundesratsparteien genauso reagieren würden, war für ihre deutschen Gegenspieler ohne grosse prophetische Gabe vorauszusehen. Zu oft hatten die Mitglieder unserer Regierung in den letzten Monaten und Jahren ihre Naivität und Unerfahrenheit auf internationaler Ebene bewiesen. Beispielsweise bei der Liebedienerei von



Micheline Calmy-Rey oder Hans-Rudolf Merz gegenüber dem international geächteten iranischen Präsidenten Ahmadinejad, im Steuerstreit mit den USA oder in der Libyen-Affäre.

Den Spiess umdrehen: in die Gegenoffensive gehen

Weshalb hat der Bundesrat nach der Ankündigung, dass deutschen Behörden eine CD mit gestohlenen Schweizer Bankdaten zum Kauf angeboten werde, nicht mit den folgenden Worten reagiert: „Gemäss unseren Informationen gibt es keine solche CD. Wir haben den Fall gemeinsam mit der Schweizerischen Bankiervereinigung und den führenden Banken untersucht. Nach unserem heutigen Kenntnisstand sind keine Kundendaten von Schweizer Banken gestohlen worden. Und selbst falls eine solche CD existieren sollte, wäre sie völlig wertlos, denn die Schweiz wird bei Rechtshilfebegehren, die auf gestohlenen Daten beruhen, nie Amtshilfe leisten. Es handelt sich hier offensichtlich um den Versuch gewisser ausländischer Steuerbehörden, ihre Landsleute, die Kunden von Schweizer Banken sind, zu verunsichern und unseren Finanzplatz zu schwächen.“

Dieser Mitteilung hätte die Landesregierung dann mit einigen Interviews in führenden Schweizer und deutschen Zeitungen und Fernsehsendern noch zusätzlich Nachdruck verliehen. Und damit „basta!“. Kein weiteres Wort, keine Hektik, absolute Gleichgültigkeit, Übergehen zur Tagesordnung. Kurzum: der Bundesrat hätte den Ball zum Gegner zurück spielen sollen, statt sich selbst in der eigenen Spielhälfte zu verdrібeln.

Was wäre passiert? Die deutsche Seite hätte entweder ihre Karten auf den Tisch legen und die Existenz der inkriminierenden Daten belegen müssen, oder sie hätte ihre Glaubwürdigkeit im eigenen Lande verspielt. Und selbst wenn sich die Existenz und Relevanz der Daten als wahr herausgestellt hätte, wäre bereits klar gewesen, dass sich die betroffenen Bankkunden nicht um Amtshilfe zu sorgen brauchen. Weil klar gewesen wäre, dass keine geleistet wird. Damit wäre die Glaubwürdigkeit des Bankenplatzes Schweiz weitaus weniger tangiert worden, als es beim jetzigen unkoordinierten und defensiven Verhalten des Bundesrates der Fall ist.

Die fünf wichtigsten Lehren

Die neuste Auseinandersetzung mit Deutschland zeigt deutlich, dass es dem Bundesrat und den grossen Parteien an Erfahrung, Strukturen und Persönlichkeiten für ein erfolgreiches Krisenmanagement in internationalen Konflikten fehlt.

Doch das Problem liegt tiefer: Ein Grossteil der Schweizer Politiker und Medien wollen immer noch nicht akzeptieren, dass es bei Streitfällen, wie jenem mit den USA 2008/2009 oder jetzt mit Deutschland, um handfeste wirtschaftliche und politische Interessen geht – und diese Interessen werden mit allen Mitteln verfolgt.

Dazu gehören auch die Medien. Denn im Gegensatz zu den Schweizer Zeitungen scheuen sich die deutschen und amerikanischen überhaupt nicht,



die politischen und wirtschaftlichen Interessen ihres Landes zu vertreten. Dies zeigt im Übrigen nicht nur das Beispiel des in den USA und in Deutschland geführten medialen Angriffs auf den Finanzplatz Schweiz, sondern auch die Berichterstattung über die jüngst erfolgte Rückrufaktion des japanischen Automobilherstellers Toyota, bei der selbst so renommierte Medien wie die Washington Post und Süddeutsche Zeitung quasi als Sprachrohr ihrer einheimischen Autoindustrie amtierten.

Und was tun die Schweizer Medien im Falle der angeblich gestohlenen Bankdaten-CD? Anstatt die eigenen Politiker zur Raison zu bringen, bieten sie diesen unkritisch jede erdenkbare publizistische Plattform, verbreiten die in Deutschland gestreuten Gerüchte weiter und tragen so zur allgemeinen Verunsicherung und Schwächung des Wirtschaftsstandortes Schweiz bei.

Fazit:

1. Das bisherige Anforderungsprofil für Bundesräte genügt nicht mehr. Wir können uns im heutigen Umfeld keine Landesregierung leisten, die nicht richtig Englisch kann, über keine persönlichen Beziehungen zu internationalen Spitzenpolitikern oder Wirtschaftsführern verfügt, das Teamspiel nicht beherrscht, die Befindlichkeiten wichtiger Partnerationen verkennt und keine Ahnung hat, wie auf dem globalen politischen Parkett erfolgreich verhandelt wird.
2. Für Mitglieder der Landesregierung sollte eine Amtszeitbeschränkung eingeführt werden, damit Sesselkleber wie Verkehrsminister Moritz Leuenberger, deren einzige politische Vision lediglich noch das eigene Spiegelbild ist, nach spätestens acht Jahren wieder den Hut nehmen müssen. Bundesräte wie Hans-Rudolf Merz, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind, sollen im Interesse des Landes schon früher wieder abgewählt beziehungsweise nicht im Amt bestätigt werden.
3. Bundesrat und Parteispitzen müssen den Umgang mit Krisen lernen. Krisenbewältigung ist kein Je-Ka-Mi, bei dem jeder, wann immer er sich danach fühlt, heraus posaunen kann, was ihm gerade einfällt. Bei der Krisenbewältigung und Krisenkommunikation gilt:
 - a) Zuerst wird (rasch, aber gründlich) analysiert, was Sache ist.
 - b) Dann wird die Strategie bestimmt und festgelegt, wer welche Aufgabe übernimmt (zum Beispiel: wer kommuniziert).
 - c) Daraufhin werden die relevanten Zielgruppen wie Medien, Öffentlichkeit, politische Partner und Wirtschaftsführer präzise, offen und mit einer (!) Stimme orientiert. (Wichtig: Es werden lediglich Fakten, niemals aber Vermutungen oder Prognosen geäußert.)
 - d) Und last but not least: Nachdem man gesprochen hat, schweigt man und meldet sich erst wieder zu Wort, wenn es neue Erkenntnisse (nicht Gerüchte!) gibt.

Dies alles ist keine Hexerei, und doch haben Bundesrat und die führenden Politiker aller grossen Parteien im vorliegenden Fall jede einzelne dieser Regeln mehrfach verletzt.

4. Es braucht eine qualitativ bessere, hinterfragende und verantwortungsbewusstere Berichterstattung in den wichtigen Medien. Zeitungen und Fernsehen sollen sich nicht – wie es teilweise im Ausland der Fall ist – zu Handlangern von Politik oder Wirtschaft machen lassen. Sie dürfen aber auch nicht, wie es heute oft geschieht, unbeabsichtigt zu einer „Fünften Kolonne“ ausländischer Regierungen oder Wirtschaftszentren werden und der Schweiz schaden – entweder weil sie zu naiv und zu wenig informiert sind, oder weil sie einen publizistischen Kurs fahren, der zwar kurzfristig den Absatz fördert, aber langfristig unser Land (und damit auch sie selbst!) schwächt.
5. Um zu gewinnen, braucht es neben Erfahrung vor allem Coolness, Selbstvertrauen, Charakterstärke und Kämpfergeist. Leadership! Auch diesbezüglich gibt es in der Politik und bei den Medien massive Defizite. Dabei mangelt es in der Wirtschaft und im Sport nicht an Vorbildern. Beispielsweise Nicholas Hayek. Beispielsweise Otto Ineichen. Beispielsweise Peter Spuhler oder Andy Rihs. Beispielsweise Roger Federer. Beispielsweise Carlo Janka. Beispielsweise die U17-Fussballnationalmannschaft. Weshalb feiern die Medien sie alle bloss als Superstars? Weshalb gratuliert der Bundesrat ihnen allen bloss zu ihren Erfolgen? Anstatt von ihnen zu lernen, im Interesse des Landes?

